(2) Die gemäß Abs. 1 gegen den Umlaufmittelfonds zu buchenden Umbewertungsdifferenzen sind voll zur Finanzierung der planmäßig richtsatzgebundenen Bestände einzusetzen.

(3) Von den Betrieben sind den kontoführenden Filialen der Kreditinstitute als Kreditunterlage die Umlaufmittelnachweise

per 31. März 1964 zu alten Preisen und
per 1. April 1964 zu neuen Preisen

einzureichen.

(4) Die aus der Umbewertung des zweckgebundenen Materials (z. B. zweckgebundenes Material für Forschung und Entwicklung) sich ergebenden Umbewertungsdifferenzen sind nicht gegen den Umlaufmittelfonds, sondern gegen die Fonds zu buchen, aus denen die Finanzierung des zweckgebundenen Materials erfolgte.

§ 8

Betriebe des Außenhandels haben die Aufnahme und Umbewertung der eigenen Bestände nach näherer Weisung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel durchzuführen. Das gilt auch für die Umbewertung der Bestände, die der Verfügungsgewalt der Organe des Außenhandels unterliegen, jedoch in anderen Betrieben lagern. Die Regulierung der aus der Umbewertung sich ergebenden Umbewertungsdifferenzen erfolgt ebenfalls nach näherer Weisung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel.

§ 9

Die Höhe der Umbewertungsdifferenzen ist wie folgt zu ermitteln:

a) in Produktions- und Dienstleistungsbetrieben

— für Grund- und Hilfsmaterial sowie Handelsware

aus der Differenz zwischen den bisher im Betrieb angewandten Verrechnungspreisen lt. §§ 101 und 102 der Verordnung vom 29. September 1955 über die Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe (GBl. IS. 713) sowie § 8 der Zweiten Verordnung vom 30. April 1959 über die Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe — Vereinfachungsmaßnahmen — (GBl. I S. 517) und den sich hiernach ergebenden neuen entsprechenden Verrechnungspreisen,

— für unvollendete Produktion sowie Fertigerzeugnisse,

1. sofern die Bewertung in den Betrieben zu Planproduktionsselbstkosten bzw. Plangesamtselbstkosten erfolgt,

aus der Differenz zwischen den entsprechenden Plankosten 1964 vor und nach der Einführung der Industriepreisreform,

2. sofern die Bewertung zu Ist-Grundkosten und Plangemeinkosten erfolgt,

aus den Differenzen zwischen alten und neuen Materialgrundkosten sowie zwischen den Plangemeinkosten 1964 vor und nach der Einführung der Industriepreisreform,

3. sofern die Bewertung zu Ist-Produktionsselbstkosten bzw. Ist-Gesamtselbstkosten erfolgt,

aus den Differenzen zwischen alten und neuen Materialgrundkosten sowie zwischen Ist-Gemeinkosten 1964 vor und Plangemeinkosten 1964 nach der Einführung der Industriepreisreform,

b) in Großhandelsbetrieben

aus der Differenz zwischen altem und neuem Industrieabgabepreis,

c) in Betrieben des Kohleplatzhandels

aus der Differenz zwischen altem und neuem Einstandspreis.

C. Schlußbestimmungen

§ 10

(1) Soweit sich bei der Umbewertung Zweifelsfragen hinsichtlich der Bezeichnung einzelner Erzeugnisse, ihrer Einordnung, der Höhe der Industrieabgabepreise u. a. ergeben, haben die Lieferbetriebe die erforderlichen Auskünfte zu geben.

(2) Zweifelsfragen, die von den Lieferbetrieben nicht geklärt werden können, sind an die für die Ausarbeitung der Preisordnungen verantwortlichen Preisbildungsorgane zur endgültigen Klärung weiterzuleiten.

§ 11

Für die Aufnahme und Umbewertung der Bestände an Grund- und Hilfsmaterial, unvollendeter Produktion, Fertigerzeugnissen und Handelsware, für die am

1. April 1964 neue Preise in Kraft treten, sind die Bestimmungen der Anordnung Nr. 3 und Anordnung Nr. 4 vom 29. November 1961 über die Umbewertung der Bestände an Erzeugnissen, für die neue Preise in Kraft treten (GBl. II S. 518), nicht anzuwenden.

§ 12

(1) Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Anordnung Nr. 6 vom 8. Dezember 1962 über die Umbewertung der Bestände an Erzeugnissen, für die am 1. Januar 1963 neue Preise in Kraft treten (GBl. II S. 803), außer Kraft.

Berlin, den 1. Februar 1964

Der Minister der Finanzen

R u m p f